

Redebeitrag bei der 2. Landesversammlung der Bürgerinnen und Bürger
von Thomas Benedikter

Ich finde die Vollversammlung der Initiative immer sehr erfrischend und sie gibt neue Kraft, ist ein Moment der Zwischenbilanz, auch ein Moment des Dialogs mit den Politikern und gerade in dem Punkt würde ich mit dem Florian Kronbichler nicht so übereinstimmen, der gesagt hat, die Politiker sollen einen Moment schweigen. Die Initiative war ja von Anfang an immer im Dialog mit der Politik, mit den Parteien, 1995 war es schon ein sehr intensiver Dialog mit der SVP, mit Frasnelli und anderen, wo es ja auch gelungen ist, das erste Gesetz in der Region durchzubringen. Aber dabei will ich mich jetzt nicht aufhalten. Ich wollte nur daran erinnern, dass die Zwischenbilanz, die wir immer wieder ziehen, schlecht ausfällt, weil die Mitbestimmungsrechte auf allen Ebenen, von der EU bis zur Gemeinde im Argen liegen. Man kann viele Beispiele dafür bringen. Ich möchte mich hier nur auf die Gemeinde beziehen, aber auch kurz erwähnen, dass die EBI, die Europäische Bürgerinitiative zu TTIP ausgebremst worden ist. Über eine Million Unterschriften von Europäern/innen für nix, man hat die Unterschriften dann selbstverwaltet gesammelt, der Protest geht weiter, aber das einzige direktdemokratische Instrument in der EU, die EBI, hat in diesem Fall nicht funktioniert. Das zeigt also, dass auch dort wesentlich nachgebessert werden muss. Und das gleiche gilt auch für die Verfassungsreform, nur zwei Worte dazu, weil es noch nicht angesprochen worden ist. Kollegin Filbier aus dem Trentino hat zurecht diesen zentralistischen Kurs kritisiert. Auch zu kritisieren wäre, was die Regierung Renzi in Sachen direkte Demokratie vor hat und was schon wirklich zu vergessen ist. Es gibt ja die Absicht, die Unterschriftenzahl für das abrogative Referendum von 500.000 auf 800.000 anzuheben, bei 400.000 Unterschriften eine Zwischenprüfung auf Verfassungsmäßigkeit zu machen und dann auch beim Volksbegehren (ohne Volksabstimmung, nur Volksbegehren) die Unterschriftenzahl von 50.000 auf 250.000 zu heben und dafür wird das dann auch fix im Parlament behandelt. Eine Selbstverständlichkeit wird somit jetzt als Konzession, als großer Gewinn verkauft. Das ist wirklich Lichtjahre entfernt vom Gesetzesvorschlag „quorum zero“, der von der Initiative für mehr Demokratie mitgetragen worden ist, in Südtirol sind dafür 7.000 Unterschriften gesammelt worden und man kann nur sagen, dass das einer der Gründe mehr ist, gegen diese Verfassungsreform zu stimmen. Da muss man wirklich auch dem Florian Kronbichler persönlich danken, denn er ist der einzige Südtiroler Parlamentarier, der gegen diese Verfassungsreform gestimmt hat. Ich bräuchte jetzt noch zwei Minuten, um auf die Gemeinden einzugehen, weil ja 2015 für unsere Anliegen in mehrfacher Hinsicht ein wichtiges Jahr ist. Es wird ein neues Direkte-Demokratie-Gesetz geben, an dem ja der Landtag arbeitet und das im Herbst verabschiedet werden soll, es wird auch diesen sog. Südtirol-Konvent geben, also diesen Beratungsausschuss für die Anpassung des Autonomiestatutes. Mehr ist es nicht, das lässt sich jetzt schon absehen. Der dritte Punkt ist aber die Anpassung der Gemeindegesetze, in allen Südtiroler Gemeinden an die neuen Vorgaben der regionalen Gemeindeordnung. Das ist es ja gelungen, vor allem dank des Einsatzes der Abgeordneten vom Movimento Cinque Stelle und einigen Oppositionsparteien, einige interessante Neuerungen in der Gemeindeordnung für die Mitbestimmungsrechte durchzubringen. Ich denke dabei an die Absenkung des Quorums, das Quorum wird gedeckelt, bei größeren Gemeinden auf 25 %, es wird das bestätigende Referendum eingeführt, nur bei Satzungsänderungen, nicht generell, das Abstimmungsheft wird verpflichtend eingeführt. Das sind schon interessante Neuerungen und der Punkt ist jetzt der: Alle Gemeinderäte müssen diese Anpassung in diesem Jahr vornehmen. Das wird eine der ersten Aufgaben sein, die die neugewählten Gemeinderäte zu erfüllen haben und das ist nicht nur eine Pflicht, sondern das ist auch eine Chance

wirklich einen echten Qualitätssprung zu machen bei den Mitbestimmungsrechten auf Gemeindeebene. Nicht nur die Pflicht, sondern auch die Kür, die Blaupausen liegen dafür vor. Die Genossenschaft „*politis*“ hat ein Idealstatut in Artikelform ausgearbeitet und stellt es allen Gemeinderäten zur Verfügung. Man sollte das also wirklich nutzen heuer, dass man in den Gemeinden, zum Beispiel auch am Beispiel Mals, dass man auch aus den negativen Seiten lernt, und in den Satzungen im Sinne von mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten, deliberativ und direkt, zu sorgen. Ich hoffe, dass die Initiative auch darauf drängen kann, solche Reformen weiter zu bringen. Danke.